

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Sprenghaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 6-gelbte Seite 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-gelbte Seite 1.— Mk. von auswärts 1.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Sprenghaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 91

Mittwoch, den 20. April 1921

12. Jahrgang

Neuer Zwang oder Verständigung?

Das Wiederaufbauprogramm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die von uns gestern bereits angebotenen Vorschläge des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum eigentlichen Wiederaufbau lauten, wie folgt:

Der französischen Regierung ist anzubieten:

1. Als bald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Nordfrankreichs und Belgiens sich mit allen Hilfsmitteln Deutschlands bereitzustellen und auf schleunigste Heranziehung hinzuwirken, jedenfalls aber sofort.

2. In den zerstörten Gebieten mit Aufräumungsarbeiten und Aufforstungsarbeiten zu beginnen. Ueber die Erledigung der praktischen Durchführung möge die französische Regierung der deutschen Regierung Vorschläge unterbreiten, andererseits muß die deutsche Regierung auf Verlangen an die andere Seite mit positiven Vorschlägen herantreten; insbesondere über die Form der Auftragsvergebung, der Bestellung von deutschen Arbeitskräften, deren Entlohnung, Unterkunft, Beköstigung und die Sicherstellung ihrer sozialen und politischen Rechte usw.

3. Biegeleien im Aufbaubereich durch Deutschland in Stand zu setzen oder neue zu errichten, ebenso Kalk-, Gips- und Zementwerke daseibst zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Baustoffe beginnen zu können. Hierüber hinaus heimische Baustoffe und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern.

4. Vorkehrungen zu treffen, daß die im Aufbaubereich nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Baustoffe aus Deutschland herangeführt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind.

5. Sofort mit der Anfertigung von Behelfshäusern aller Art, mindestens aber 25 000 Holzhäusern (Wohnhäusern) zu beginnen und diese vor Beginn der kälteren Jahreszeit aufzustellen, um der ungemein dringenden Wohnungsnot in den zerstörten Gebieten vorerst zu begegnen.

6. dazu die Ausstattung, z. B. die Möbel, Oefen, Kochherde und Kochgeschirre zu liefern.

7. Deutschlands Bereitwilligkeit zu erklären, nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen. Ob diese Bauten in eigener Regie der französischen oder der deutschen Regierung, oder im gemeinwirtschaftlichen Betriebe, oder durch private Unternehmerrbetriebe, oder unter Aufsicht aller drei Betriebsformen auszuführen gewünscht werden, darüber soll die französische Regierung baldmöglichst Vorschläge unterbreiten.

8. Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen einschließlich des Bundes der technischen Angestellten und Beamten vorfertigt die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken. Ueber die idealen, materiellen und sozialen Bedingungen sollte zunächst jede Regierung mit den Bauarbeiterorganisationen ihres Landes Verhandlungen pflegen. Die französischen und die deutschen Bauarbeiterverbände haben ihrerseits solche Verhandlungen bereits eingeleitet und am 17. Februar d. Js. in Genf unter Leitung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes ihre Wünsche formuliert.

Diese Vorschläge können natürlich nur richtungweisend für ein genau ausgearbeitetes Angebot wirken, das von der Reichsregierung auszugehen haben würde. Nachdem der Versuch, die Wiederaufnahme von Verhandlungen durch amerikanische Vermittelung zu erlangen, zu keinem Resultat geführt und Briand ausdrücklich ein direktes Angebot der deutschen Regierung verlangt hat, muß noch vor dem 1. Mai ein offizieller Schritt der deutschen Regierung erwartet werden, um eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen und dadurch die angebrochte Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets mit allen ihren katastrophalen Folgen für die deutsche Volkswirtschaft in Möglichkeit zu vermeiden.

Eine neue Konferenz zwischen Briand und Lloyd George.

London, 19. April. Briand trifft in Begleitung des Generals Beggand am Sonnabend nachmittag zu Besprechungen mit Lloyd George in Hythe ein.

Paris, 20. April. „Matin“ berichtet, daß Ministerpräsident Briand sich am Sonnabend nach Hythe begeben wird. Engländer werden außer Lloyd George an der Beratung teilnehmen Lord Curzon, vielleicht auch Chamberlain und Marshall Wilson. „Matin“ glaubt zu wissen, daß Briand Lloyd George die von der gemischten noch am Donnerstag

und Freitag tagenden Kommission ausgearbeiteten Pläne vorlegen werde, für den Fall, daß Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ergriffen werden. Für den Fall, daß Deutschland nach der Besetzung seine Verpflichtungen nicht erfüllt, steht der Entwurf ein besonderes Verwaltungs-, Wirtschafts- und Zollsystem vor. „Matin“ sagt: Man wisse, daß Belgien und die italienischen Verbündeten keine Einwendungen machen werden. Es bleibe also zu hoffen, daß Lloyd George sich gegen diese französischen Vorschläge günstig verhalten werde.

Paris, 20. April. Bertinot sagt im „Echo de Paris“: In der Wita von Smyth werde auch die Frage geregelt werden, ob der Oberste Rat in eine Debatte mit den Vertretern des Deutschen Reiches eintreten werde. Die französische These sei verneinend, die Stunde sei nicht mehr für Unterredungen geeignet. Briand habe sich von all den Theorien von Brüssel entfernt und werde nunmehr mit Takt und Kraft die Absichten Frankreichs vertreten.

Brüssel, 20. April. (Havas.) In der Kammerdebatte über den Gesetzentwurf betreffend Liquidation des feindlichen Besitzes erklärte der Wirtschaftsminister: Bei der Liquidation des feindlichen Besitzes bemächtigen wir uns nicht des Besitzes von Einzelpersonen, denn der Friedensvertrag von Versailles verpflichtet Deutschland, seine Staatsangehörigen zu entschädigen, deren Eigentum von den Alliierten liquidiert wird. Aus Menschlichkeitsgründen haben wir einigen Ausnahmen zugunsten feindlicher Staatsangehöriger zugestimmt, aber wir können nicht auf irgendeinen Teil unserer Forderungen an Deutschland verzichten. Kriegsminister Janson erklärte, der vorliegende Gesetzentwurf erlaube, ein Mandat Deutschlands zu realisieren. Der Redner setzte hinzu: Wir stehen einem Deutschland gegenüber, das keinen guten Willen in der Entwaffnungsfrage zeigt, keine Garantien gibt und nichts von dem erfüllt, was in Versailles unterschrieben wurde. Die Alliierten müssen große Energie zeigen und keine Schwäche durchblicken lassen. (Lang anhaltender Beifall auf allen Banken.)

Die Errichtung der neuen Zollgrenze im Rheinland.

Berlin, 20. April. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ an Köln meldet, schreibt „Cologne Post“ in der heutigen Morgenausgabe: Die Rhein Zollgrenze tritt heute um Mitternacht in Kraft. Die Zollbeamten beginnen abdaum mit der Erhebung der Abgabe, die den Bedingungen der Sanktionen der Alliierten entsprechen. Mit dem Wadenschlag 12 heute nacht werden alle Güter, die über die Grenze kommen, dem Zoll unterworfen. Die Hauptstelle im britisch besetzten Gebiet ist in Orlais, wo Offiziere heute Nacht den Dienst versehen.

Köln, 19. April. Nach einer Anordnung des Zollkomitees der internationalisierten Rheinlandskommission muß ab 20. April 21 den Frachtbrieven die Zollklärung beigefügt werden, die vollständig sein und alle Einzelheiten ferner eine Beschreibung der Ware und ihre genaue Einordnung gemäß dem deutschen Zolltarif enthalten muß.

Ein polnisch-russisches Finanzabkommen.

Kopenhagen, 19. April. Nach einer Meldung aus Riga ist gleichzeitig mit dem polnisch-russischen Friedensvertrag ein Geheimabkommen zwischen Polen und Sowjetrußland getroffen worden, wonach Rußland sich verpflichtet, im Laufe eines Jahres 5 Millionen Goldrubel zu zahlen. Der Rest von 30 Millionen Goldrubel wird in Rohstoffen und Waren verrechnet. Polen verpflichtet sich, die dem russischen Staate im Auslande zusehenden Forderungen freizumachen und erhält dafür 20 Prozent als Provision.

Korfantj in Paris.

Paris, 19. April. Wie „Petit Parisien“ mitteilt, trifft Korfantj am Freitag in Paris ein. Er kommt als offizieller Vertreter der polnischen Regierung zum Obersten Rat, um ihm den Verkehr mit dem polnischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten Sapieha zu erleichtern, der selbst wieder nach Paris abreisen wird. — Als Delegierter der polnischen Regierung ist Bernhard Diamand in Paris angekommen, ein finanzielle Vermittlung mit der französischen Regierung und der französischen Industrie über die Ausbeutung der polnischen Petroleumquellen zu treffen. — Einem Vertreter des „Journal“ erklärte er, er glaube, daß die Verhandlungen in etwa zehn Tagen so weit gediehen sein würden, daß der Abschluß erfolgen könne. Wir brauchen wohl nicht besonders darauf hinzuweisen, daß Korfantj's Pariser Mission im wesentlichen der polnischen Annexion des ober-schlesischen Industriebezirks gelten wird. (D. Red.)

Valuta.

Aus Amerika kommt die Nachricht, daß dort Getreide in einer so ungeheuren Menge an'schleudert ist, daß es überhaupt nicht mehr abgesetzt werden kann. Die Preise für Getreide sind so gesunken, daß sich der Export von und der Verkauf nicht mehr lohnt und daß man stellenweise (z. B. Weizen) verrotten, um das Angebot zu verringern und dadurch den Preis wieder in die Höhe zu treiben. Gleichzeitig herrscht in Deutschland und in einer ganzen Reihe anderer Länder der furchtbare Mangel an diesem notwendigen Nahrungsmittel.

Da läge es doch auf den ersten Blick sehr nahe, daß die notleidenden Länder das überflüssige billige amerikanische Getreide aufkaufen, um die Not im eigenen Lande zu lindern. Etwas widerständiger kann es ja gar nicht geben, als wenn hier Menschen vor Hunger umfallen und dort Nahrungsmittel, die allen diesen Unschlücken helfen könnten, in Weizen verbrannt werden. Sollten wir dieses Getreide bei uns im Lande, wäre eine Ausbuchtung der Bevölkerung nicht mehr möglich und der Preis auch des einheimischen Getreides müßte rapide fallen.

Hier ist schon der Haken. Die Schwierigkeit ist eben die, das Getreide ins Land heranzubringen und zwar so billig ins Land heranzubringen, daß es noch in der Lage ist, die Preise zu drücken. Da spielt uns aber etwas anderes einen großen Streich, und das ist die Valuta.

Die Valuta ist der Wert des Geldes, gemessen an dem Wert der übrigen ausländischen Geldsorten. „Unser Valuta fällt“ heißt, daß der Wert unseres Geldes sich verringert gegenüber dem Wert der hauptsächlich maßgebenden ausländischen Währungen. Bekanntlich für einen französischen Franc 80 Pfg. bei der Neuemstellung aufbezahlt, so ist das Verhältnis jetzt mehr als ungekehrt. Für einen Franc müssen wir das Drei- bis Vierfache in deutschem Gelde bezahlen nach dem heutigen Stande unserer Valuta. Mühen wir früher für einen Dollar etwas mehr als 4 Mk. bezahlten, so müssen wir jetzt je nach dem Stande unserer Valuta 80 bis 100 Mk. und mehr für einen Dollar bezahlen. Ein überaus schmerzliches Ergebnis! Sämtliche Wertmaßstäbe in der internationalen Wirtschaft sind verschwunden oder haben sich verändert. Nichts steht mehr fest, besonders die täglich neue große Schwankungen in den Wertverhältnissen eintreten, während früher nur ganz kleine, kaum merkbare Unterschiede zeitweise auftraten, die sich gewöhnlich in ganz kurzer Zeit wieder ausgleichen. Um Bruchteile von Pfennigen handelte es sich gewöhnlich nur.

Die Frage ist nun, woran liegt es, daß die Mark im internationalen Verkehr nicht mehr die Mark ist, sondern nur noch den Wert von Weizen hat?

Nicht nur im internationalen Handel hat sich die Mark verändert, auch bei uns im Inlande ist der Wert der Mark ganz erheblich gesunken. Alles, Lebensmittel, Kleidung, Wohnung ist im Preise gestiegen, denn das macht ja den Wert des Geldes aus und nicht die Zahl, die auf dem Stück Papier oder auf den Münzen steht. Die Zahl ist nichts, wenn ich nicht weiß, was ich für die Zahl bekommen kann. Wenn ich immer weniger für die Zahl, die auf dem Papier steht, bekommen kann, hat das Geld eben einen immer geringeren Wert. Wenn ich im internationalen Verkehr immer weniger Waren oder immer weniger Geld bekomme, dann sage ich: „Unser Valuta fällt“, das heißt, der Wert unseres Geldes nimmt ab.

Warum der Wert unseres Geldes im Inlande gefallen ist, wissen wir. Während des Krieges ist erheblich weniger produziert worden. Die Nahrungsmittel wurden sehr bald knapp. Es konnte nichts mehr eingeführt werden und gleichzeitig wurde die Menge des Geldes durch das massenhafte ausgegebene Papiergeld vergrößert. Einzel viel kleineren Warenmenge stand eine erheblich größere Menge von Geld gegenüber. Das Angebot der Waren ist also stark verkleinert und die Nachfrage nach Lebensmitteln blieb mindestens gleich und von anderen Gegenständen für den Kriegsbedarf — und was war nicht alles Kriegsbedarf — wurde erheblich mehr benötigt. Die Preise mußten also mächtig in die Höhe gehen.

Wie bestimmt sich nun der Wert unseres Geldes im Verhältnis zum ausländischen Geld? Zuerst einmal, ganz wie bei uns im eigenen Lande, durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Man wußte, daß man für soviel deutsches Geld soviel ausländische Waren kaufen oder die entsprechende Menge ausländischen Geldes oder anderer Zahlungsmittel erhalten konnte. Ueberall, auf den in- und ausländischen Börsen, wurden die Zahlungsmittel gekauft und verkauft. Aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage der Zahlungsmittel ergab sich ihr Wert.

Nun hätte es jedoch hiernach ganz leicht auch in der Vorkriegszeit einmal eintreten können, daß das Geld eines Landes zeitweise hart fiel gegenüber dem Geld eines anderen Landes. Denken wir uns einmal, Deutschland hätte im russisch-japanischen Krieg einem der Kriegführenden seine ganze Ausfuhr verkauft, die früher in die verschiedenen Länder gegangen wäre, hätte aber trotzdem, wie sonst, eine Menge von Rohstoffen und Fertigfabrikaten in Amerika und England kaufen müssen, dann wäre sofort das Angebot unserer Zahlungsmittel im Auslande sehr groß geworden, da unser Geld nicht wieder vom Auslande zu Zahlungen an uns benutzt worden wäre. Auf der anderen Seite wäre die Nachfrage nach ausländischen Schulden angeschwollen. Unser Geld wäre also im Auslande gesunken und das ausländische im Inlande im Wert gestiegen. Solche zeitweiligen Verschiebungen des Handels, Ausbuchtungen und Einschränkungen des Handels sind mehr als einmal vorgekommen und trotzdem Krieg oder sonst der Wert des Geldes nur ganz wenig, geschweige denn so, wie wir es heute sehen.

Es gab nämlich noch einen anderen Regulator des Geldwertes als Angebot und Nachfrage. Es hatte einen ganz bestimmten Grund, daß ich für einen Franc nur 80 Pfg. bezahlte und für einen Dollar 420 Mk. bezahlen mußte. Dieser Grund war die fast überall eingeführte Goldwährung. Der Wert aller Münzen und Geldscheine ist auf Gold bezogen. Für 100 Mk. bekam man die gleiche Menge Gold wie für 125 Franc und für 420 Mk. bekam man die gleiche Menge Gold wie für 100 Dollar. Deshalb hatten überall 100 Mk. den Wert von 125 Franc und 100 Dollar den Wert von 420 Mk. Jeder Staat war verpflichtet, sein Geld, soweit es nicht schon in Gold bestand, jederzeit in Gold umzuwandeln. Hatte also ein deutscher Kaufmann eine Schuld an einen Gläubiger im Auslande zu bezahlen und konnte er keine Zahlungsmittel dieses Landes an

*) Siehe den früher von uns veröffentlichten Artikel: „Brennende Speicher“.

der Arbeit laufen, aber waren diese Zahlungsmittel so knapp und die Nachfrage danach so hoch, daß sie zu teuer wurden, dann besorgte er sich die Einführung von Gold und Silberstücke diese kleinen ausländischen Münzstücke. Allerdings war die Verwendung von Gold etwas teurer als die Verwendung von papierernen Zahlungsmitteln, die im internationalen Verkehr benutzt wurden. Es kamen höhere Zinsen darauf und eine Versicherungsumme. Es war aber die Garantie gegeben, daß der Preis der ausländischen Zahlungsmittel im Inlande nie höher getrieben werden konnte, als der Wert des Goldes und der Transport- und Versicherungskosten betragen.

Dies alles hat sich während des Krieges geändert. Die ungesicherte Verwendung des Papiergeldes zwang die am Krieg beteiligten Nationen dazu die Einführung des Papiergeldes in Gold zu verweigern. Kommt jetzt der Weltmarkt wieder in Unordnung und wird die Einfuhr von Gold wieder als die Lösung, dann müßte sich dies sofort in der Verwendung unserer Zahlungsmittel äußern. Die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken.

Deutschland war während des Krieges vom größten Teil des Auslandes abgeschnitten. Wir konnten nicht allgemein einführen. Dementsprechend kam unsere Valuta nicht zu dem Werte wie nach der Revolution, als das ausgleichende Mittel nach der Währungsreform. Die Einführung des Papiergeldes in Gold war ein wichtiger Bestandteil der Währungsreform. Die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken.

Der Wert der Valuta ist wieder zu sinken. Die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken. Die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken.

Die Reichsregierung hat die Entscheidung über die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken. Die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken.

Die Reichsregierung hat die Entscheidung über die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken. Die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken.

Die Reichsregierung hat die Entscheidung über die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken. Die Valuta der beteiligten Länder müßte sinken.

Die internationale Regelung der Landarbeit.

Der Friedensvertrag enthält bestimmte auch Bestimmungen über die Schaffung einer internationalen Arbeitskommission, welche die Aufgabe obliegt die Arbeitsverhältnisse international möglichst gleichmäßig zu regeln. Gemäß dieser Bestimmung haben sich zwei internationale Arbeitskommissionen gebildet, nämlich eine für die Industrie und Handel und eine Kommission für die Landwirtschaft. Die Kommission für die Landwirtschaft hat sich im Jahre 1919 in Washington gebildet und hat am 1. Januar 1920 in Genéve, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft befaßt. Die Kommission für die Landwirtschaft hat sich im Jahre 1919 in Washington gebildet und hat am 1. Januar 1920 in Genéve, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft befaßt.

Die internationale Regelung der Landarbeit hat sich im Jahre 1919 in Washington gebildet und hat am 1. Januar 1920 in Genéve, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft befaßt. Die Kommission für die Landwirtschaft hat sich im Jahre 1919 in Washington gebildet und hat am 1. Januar 1920 in Genéve, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft befaßt.

Die internationale Regelung der Landarbeit hat sich im Jahre 1919 in Washington gebildet und hat am 1. Januar 1920 in Genéve, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft befaßt. Die Kommission für die Landwirtschaft hat sich im Jahre 1919 in Washington gebildet und hat am 1. Januar 1920 in Genéve, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft befaßt.

Die internationale Regelung der Landarbeit hat sich im Jahre 1919 in Washington gebildet und hat am 1. Januar 1920 in Genéve, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft befaßt. Die Kommission für die Landwirtschaft hat sich im Jahre 1919 in Washington gebildet und hat am 1. Januar 1920 in Genéve, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft befaßt.

Bedrohende Aufhebung der Milchbewirtschaftung in Deutschland.

Bremen, 18. April. Die Konferenz der Ernährungsminister, die heute in Bremen unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes zusammengetreten ist, ergab Uebereinstimmung darüber, daß die bisherige Form der Milchbewirtschaftung nicht aufrecht erhalten werden kann. Zur Erleichterung der Umstellung sollen die Länder besondere Bewirtschaftungsbestimmungen erlassen. Die bisherigen Milchlieferungsbeziehungen sollen dabei aufrecht erhalten werden. Die bisherigen Bestimmungen für den Verkehr von Milch in den gewerblichen Betrieben einschließlich der Gastwirtschaften sollen weiter in Geltung bleiben. Den Kommunalverbänden und Gemeinden verbleibt die Berechtigung, die Verteilung der Milch innerhalb ihrer Bezirke zu regeln. Einmütigkeit bestand darüber, daß Auslandsbutter und Auslandsmilch baldmöglichst für die Einfuhr freigegeben sind. Die Konferenz beschäftigte sich dann mit der Frage der Aufhebung der Verordnungen zur Regelung des Fremdenverkehrs. Die meisten Landesregierungen haben Bestimmungen erlassen, durch die der Aufenthalt, die Arbeit und der Anzug ortsfremder Personen in der Zeitdauer oder in anderer Weise beschränkt wird. Es wurde vorgeschlagen, die bisherige reichsweite Verordnung aufzuheben. In der Diskussion wurde von süddeutschen Staaten darauf hingewiesen, daß die Fremden vielfach ein zur Seehilfe und Limpeung höchst unangebrachtes Auftreten zur Schau tragen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft empfahl gegen derartiges Verhalten Fremder ein Einschreiten auf Grund landesrechtlicher Verordnungen und betonte, daß die Konferenz mit der Aufhebung der fraglichen Reichsverordnung einverstanden ist. Schließlich beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Aufhebung auf dem Gebiete der Viehzucht der Bestimmungen, die die Voranschläge, die demals zu dem Erlaß der Verordnungen führten, in vielen Fällen nicht mehr bestehen, soll zum Teil ihre Aufhebung erfolgen. Als Ort der nächsten Konferenz der Ernährungsminister wurde Stuttgart bestimmt.

Die Dringlichkeit der Regelung der Reparationsfrage.

Die Zeit der Arbeitslosen und der nur teilweise Beschäftigten nimmt langsam, aber ständig in Deutschland zu, und man muß hoffen, daß die nächsten Monate eine weitere Verschärfung bringen werden. Der Druck der wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen der Entente lastet schwer auf Deutschland, trotzdem wir, wie aus der letzten, im französischen Senat gehaltenen Rede des französischen Ministerpräsidenten Briand hervorgeht, erst am Anfang dieser Zwangsmassnahmen stehen. Alle, die mit der deutschen Wirtschaft etwas zu tun haben, tun gut, sich keinen Illusionen hingeben und sich des vollen Ernstes der Situation bewußt zu werden. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß die übergesetzliche Auslastung eines harten Rückgangs der deutschen Industrie und damit der deutschen Produktion zur Folge haben würde. Wenn dazu noch die Besetzung des Ruhrgebietes käme, so müßte die Wirtschaft in Deutschland in die äußerste Not geraten. Es ist unbedingt notwendig, dieser Gefahr sehr in die Augen zu sehen. Es ist unbedingt notwendig, dieser Gefahr sehr in die Augen zu sehen. Es ist unbedingt notwendig, dieser Gefahr sehr in die Augen zu sehen.

Siegerwalds Verlegenheit.

Berlin, 19. April. Die Bildung eines preussischen Uebergangsinstitutens, das aus Zentrum, Demokraten und Beamten zusammengesetzt ist, ist gescheitert. Die demokratische Fraktion behielt in ihrer gestrigen Sitzung sich an einem solchen Kabinett nicht zu beteiligen. Handelsminister Tschammer und Winterhagen sind in der Lage, ein Kabinett auf der Grundlage der alten Regierungskoalition herzustellen. Die Aussichten einer Wiederkehr der alten Koalition werden von dem Blatte als gering (?) bezeichnet.

Die deutsche Arbeitskräft.

Breslau, 18. April. Der angelegte Kampf in der Metallindustrie tritt jetzt mehr und mehr in den Vordergrund. Im Zentrum der oberbayerischen Industrie in Bayern sind die Arbeiter zahlreicher Werke bereits in den Ausstand getreten. In Freiburg selbst befinden sich etwa 1000 Arbeiter der beiden großen Werksbetriebe im Ausstand. Ihnen wurde gekündigt.

Wie die „Polnische Zeitung“ aus Halle meldet, haben die Leunawerke bisher nur 5000 Arbeiter und Angestellte wieder eingestellt. In auch zahlreiche andere Betriebe nur Teile der Arbeiterkraft wieder aufgenommen haben, ist die Arbeitslosigkeit in der Provinz Sachsen sehr groß und droht, sich zu einer neuen Katastrophe auszuweiten.

Die deutsche Landwirtschaft (und daneben das deutsche Ausfuhrgeschäft) hungert nach Stickstoffdünger, dessen wichtigste Produktionsquelle die Leunawerke sind. Wenn die Betriebsleitung bisher noch nicht den vierten Teil ihrer Arbeiterkraft wieder eingestellt hat und unter Hinweis auf kommunalistische Verleumdungen nach Möglichkeit jede gewerkschaftliche Interessensvertretung aus ihren Betrieben ferngehalten, unbeschadet der damit verbundenen volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden, so kann die arbeitsschädliche Förderung der Unternehmerreaktion durch die kommunalistischen Heidenatzen gar nicht anschaulicher vor Augen geführt werden.

Monarchistisches Schwindelmandat.

Eine Anzahl Provinzialblätter, darunter die „Danziger Zeitung“ vom Sonnabend, bringen eine Meldung aus Berlin, wonach die preussische Regierung zur Beerdigung der ehemaligen Kaiserin Vertreter entsenden würde, wobei auch ein sozialdemokratischer Minister, voraussichtlich der Minister des Innern, Severing, teilnehmen würde. Die Sozialdemokratie stehe dabei auf dem Standpunkt, daß es sich bei der Kaiserin um eine Persönlichkeit handle, die früher Deutschland repräsentiert hat, und daß sie selber es für durchaus verständlich halten würde, wenn etwa beim Tode eines sozialdemokratischen Reichspräsidenten Vertreter einer monarchistischen Partei an der Beerdigung teilnehmen.

Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß diese Meldung vom ersten bis zum letzten Wort Schwindel und auf durchsichtliche Stimmungsmache angelegt ist. Wie wir von Minister Severing persönlich erfahren, wird die preussische Regierung sich an der Beerdigung der ehemaligen Kaiserin in keiner Weise beteiligen. Die Behauptung, daß er, Severing, gar noch diese Regierung bei der Beerdigung vertreten würde, sei so lächerlich, daß eine Antwort darauf überhaupt nicht verlangt. Die ganze Sache ist aber dafür charakteristisch, mit welchen Mitteln von den Monarchisten in der Provinz Stimmung gemacht wird.

Polnische Heeresrückstellungen an der deutschen Südostgrenze.

Berlin, 18. April. Von unterrichteter Seite wird dem W. T. B. geschrieben: Seit Beginn d. J. hat Polen noch die Jahrgänge 1890—1900 unter den Fahnen. Von diesen fünf Jahrgängen sollten sämtliche Infanteristen der Jahrgänge 97 und 98, die am 21. März länger als zwei Jahre dienten, bis Anfang April entlassen werden. Nach Befehl des polnischen Kriegsministeriums soll dieser Befehl auf die Besatzung Polens und Krakau neuerdings keine Anwendung finden. Demnach werden die gegenüber Schlessien bereitgestellten polnischen Truppen nicht geschwächt, sondern sogar wesentlich verstärkt werden. Die bisher an der polnischen Ostfront verwandten neun Kavalleriebrigaden wurden seit Anfang April im Rahmen Warschau-Modell untergebracht. (Der Kommentar zu dieser Meldung wird sich jeder Leser im Zusammenhang mit der endgültigen Regelung der oberschlesischen Frage selbst machen können. D. Red.)

Die deutschen Lieferungen an Sowjetrußland.

D. C. Die russische Eisenbahnkommission veröffentlicht den Plan der russischen Auslandsbestellungen. Sie betont dabei, daß die Aufträge Sowjetrußlands zur Lieferung von Maschinen und Eisenwaren in Deutschland um 50 Prozent billiger als in Schweden und England ausgeführt werden. In der Schnellliste der Lieferungen habe Deutschland alle übrigen Lieferanten übertraffen; eine bekannte deutsche Firma, die erst im Oktober Aufträge der Sowjetregierung übernommen hatte, habe bereits im Dezember 1500 Tonnen Eisenbahnmateriale abgeliefert. Außerdem verlange England vorherige volle Bezahlung der Waren, während Deutschland der Sowjetregierung die Waren kreditiere.

Die Moskauer „Sowjetija“ melden, daß etwa siebzig qualifizierte deutsche Arbeiter auf dem Wege nach Sowjetrußland in Ostland eingetroffen seien. Weitere deutsche Arbeiter treffen demnächst ein.

Die bedrohte Frühjahrsbestellung in Sowjetrußland.

D. C. In den Nummern 60 und 61 der Moskauer „Pravda“ wußt der stellvertretende Volkskommissar für Landwirtschaft Ossinski auf die Gefahr hin, die der Frühjahrsbestellung in Sowjetrußland infolge des Saatgetreidemangels drohe. Infolge der Mißernte in seiner Reihe von Gouvernements müßten den bedürftigen Bauern 30 Millionen Rubel Saatgetreide zugeführt werden, von denen 9 Millionen Rubel aus anderen Gouvernements in die notleidenden Gebiete geschafft werden müssen. Bis Mitte März habe indessen nicht einmal der zehnte Teil davon den Bestimmungsort erreicht und es bleiben nur noch drei Wochen Zeit. Ossinski erklärt die Aufstellung für grundsätzlich, daß die neuen Gesetze über die Naturalsteuer und den freien Handel, die eine automatische Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bringen sollen, das Gesetz über die Ausfuhrkontrollen und die Zwangsbestellung überflüssig gemacht hätten. Die Moskauer „Pravda“ verzeichnet indessen Schwierigkeiten bei der Durchführung des letzteren Gesetzes, welchem die Bauern mißtrauisch gegenüberstehen, weil sie die staatliche zwangsweise Regelung der Ausfuhr als einen neuen Versuch betrachten, das kommunalistische Wirtschaftssystem auf dem freien Lande einzuführen. Die Moskauer „Sowjetija“ Nr. 71 berichtet, daß auch die Versorgung mit Saatkartoffeln gefährdet sei. Von den erforderlichen 90 Millionen Rubel seien bis Mitte März nur etwa 8 Millionen bereitgestellt gewesen.

Sabotage der Untersuchungsausschüsse.

Der Volkstag beendete gestern die Aussprache über die große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über das Wohnungs- und Arbeitslosensproblem. Genosse Kehler sprach dabei die Wohnungsfrage der Arbeiter und zeigte an einem Beispiel, wie im Freistaat das Koalitionsrecht der Arbeiter unterdrückt wird. Die Weiterberatung der Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wurde dem Wohnungsausschuss übertragen. Die noch zu erledigenden Entwürfe auf außerordentliche Zuwendungen an die Arbeitslosen wurden gegen die Stimmen der Linken von der bürgerlichen Mehrheit rückförmig abgelehnt. Einzig der Antrag, in der Sommerzeit den Kindern der Erwerbslosen kostenlos Milch zu liefern, wurde angenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Hilfe für finanzschwache Gemeinden fand Annahme. Bei den Anträgen auf Aufhebung der Untersuchungsausschüsse zeigte die deutschnationale ihre Feindschaft gegen diese Einrichtung. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte die Aufhebung der amtlichen Festsetzungen der Untersuchungsausschüsse, wobei die bürgerlichen Fraktionen unter Führung der deutschnationalen, indem sie den Antrag niederkamerten. Während der Verhandlungen herrschte manchmal im Hause eine gähnende Leere.

34. Sitzung des Volkstages.

Dienstag, den 19. April 1921.

Präsident Dr. Matthaet eröffnete gegen 3 Uhr die Verhandlungen. Das Haus beschäftigte sich erneut mit der großen Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über das Wohnungs- und Arbeitslosensproblem.

Rehebung der Wohnungsnot.

Abg. Neubauer (Zentr.) erklärte, daß seine Ausführungen in der letzten Sitzung völlig mißverstanden seien. Seine Frage, was eine menschenwürdige Wohnung sei, bedeute, mit welchen Mitteln die Wohnungsnot am schnellsten zu beheben ist. Es wäre es zweckmäßig, zuerst Ein- und Zweizimmer-Wohnungen zu bauen, damit erst mal jede Familie ein eigenes Heim hat. Später könne dann an die Erweiterung der Zimmerzahl herangegangen werden.

Abg. Genosse Heberg schilderte die traurigen Wohnungsverhältnisse auf dem Lande. Vor längerer Zeit habe die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach der Zugang ländlicher Arbeiter aus Pommern und Ostpreußen verhindert wird. Die Erledigung dieser Eingabe ist vom Senat verschleppt worden. Dadurch ist es möglich geworden, daß allein im Kreis Danziger Höhe über 100 Familien aus Pommern eingewandert sind. Die einheimischen Landarbeiterfamilien sind ohne Wohnung und wissen nicht, wo sie hin sollen. In Frage kommen etwa 30 Güter, darunter Mittel-Güter, Bangschin und auch das als Mustergut gepriesene Gut Kottmannsdorf. Hier habe man sogar die Kuh eines Inspektors aus dem Stall herausgebracht und an einen Baum gebunden und das Füttern des Tieres verboten. Bei einer persönlichen Rücksprache auf Bangschin haben der Gutbesitzer und der Oberinspektor entgegenkommen bewiesen und versprochen, die Leute in den Wohnungen zu belassen. Der Unterinspektor habe jedoch erklärt, wer dem Landarbeiterverband angehört, der fliegt gleich. So achte man auf dem Lande das Koalitionsrecht. Auf dem Lande sind viele Familien wohnungslos. Die Agrarier und der Senat haben anstatt zu helfen das Wohnungsseil vergrößert.

Abg. Leschowski (N. S. P.) berief sich auf die Ausführungen unserer Genossen Priß in der letzten Sitzung. Neue Momente vermachte der Redner nicht vorzubringen.

Abg. Bielekorn (Bild) vertrat den Standpunkt, daß die 40-prozentige Mieterhöhung noch zu gering ist. Die Hausbesitzer seien nicht in der Lage, Wohnungsreparaturen vornehmen zu lassen. Der Weg des Prof. Köppler, durch Zwangshypotheken Baugelder zu beschaffen, sei ungangbar. Eine Wohnungssteuer würde ungerecht. Der einzig richtige Weg wäre eine Vermögensabgabe nach dem Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion.

Abg. Schmidt (R.) stellte fest, daß das Haus bei Beratung dieser wichtigen Angelegenheit schwach befaßt ist und daß die Mehrzahl der bürgerlichen Abgeordneten Privatgespräche führe. Einen großen Teil Schuld an dem Wohnungsseil trage die frühere Stadterordnetenversammlung. Der Bau mit öffentlichen Mitteln ist der einzige Weg aus dem Wohnungsseil. Der Weg der bürgerlichen Mehrheit und des Senats führt noch tiefer in das Seil. Die

Ausführungen des kommunistischen Redners waren wie üblich mit Wibelreden gemischt. Dem polnischen Abgeordneten und Frauen-organisator Dr. Aubach hielt er vor, daß dieser 10 Kranken-Kostenpatientinnen auf einmal in das Sprechzimmer heringerufen habe. In Sowjetrußland sei die Wohnungsfrage glücklich gelöst.

Abg. Frau Dr. Strempel (D. P.) wies darauf hin, daß durch die gemeinläufige Ausbenutzung viel Karger und Verdruss entsteht. Deshalb sei die Zwangsbebauung abzulehnen, weil nicht überall Flächen geschaffen werden können. Man sollte die Zwangsbebauung durch Zahlung einer Geldsumme ablehnen; dadurch würde Geld für Neubauten beschafft. Weiter möge man die Ausländer besetzen und einen Teil der Millionen für Erwerbslosenfürsorge für den Wohnungsbau verwenden. Der Bau von Bureauhäusern sei zu empfehlen.

Senator Dr. Beste: Um Irrtümern vorzubeugen, möchte ich darauf hinweisen, daß in Danzig nach Abzug der Personen die Wohnungsausschüsse wünschenswert, etwa 4500 Personen auf der Dringlichkeit stehen. Die Meinung, daß bei einer großzügigen Vornahme von Neubauten der größte Teil der Erwerbslosen Beschäftigung finden würde, ist irrig. Nach den in dieser Richtung vorgenommenen Nachforschungen würde nur ein geringer Bruchteil der Erwerbslosen Beschäftigung finden. Der Förderung des ländlichen Siedlungsbaus steht der Senat äußerst wohlwollend gegenüber. In dem Bau von Bureauhäusern erblickt der Senat ein wirksames Mittel zur Verringerung der Wohnungsnot, so daß er unter keinen Umständen davon abgehen kann. Redner vertritt den Standpunkt, daß auf eine private Bautätigkeit nicht verzichtet werden kann. Die Ableitung der Zwangsbebauung durch einmalige Geldbeiträge hält er in der Durchführung für äußerst schwierig. Am Schluß seiner Ausführungen gibt der Redner ein Bild von der bisher zur Verringerung der Wohnungsnot durch den Wohnungsbau der Stadt Danzig geleisteten Arbeit, was den Abg. Genossen He e l zu dem Zusatz veranlaßt: „Sie schämten sich mit fremden Reden!“

Abg. Genosse Brill kennzeichnete in einer persönlichen Bemerkung den Stadtkonstituents Dr. Berent. Dieser habe als Leiter der Erziehungskasse die Aufhebung der Familienhilfe durchgesetzt. Zahlreiche Arbeiterfrauen sind deshalb nicht in der Lage, mit ihren kranken Kindern den Arzt aufzusuchen. Stadtkonstituents Berent veranlaßt die Erhaltung der Löhne bei den Abbrucharbeiten auf dem Hagelberge und dem Fort Prasen. Die Arbeiter blieben darauf liegen und müßten nun zu erheblich höheren Löhnen ausgeführt werden. Dadurch ist der Stadt ein Mehrausgabe von 250.000 Mk. entstanden. Eine solche Verschwendung ist ungeeignet für die soziale Verwaltung des Freistaates. Die Handlungsweise dieses Herrn läßt sich nur durch Unverstand oder Pöbelheit erklären.

Der Antrag, den Verhandlungsgesegenstand dem Siedlungsausschuss zu überweisen, wurde angenommen.

Die kleine Anfrage des Abg. Schwegmann (Dnail), die sich mit dem Erlass der polnischen Eihenwohnpräzedenzen anlässlich der Abstimmung in Oberpommern befaßte, wurde auf Wunsch des Antragstellers von der Tagesordnung abgesetzt, da eine schriftliche Antwort des Senats genügt.

Abstimmung über die Zuwendungen an Arbeitslose

fortgesetzt. In namentlicher Abstimmung wurde zunächst abgestimmt über den Antrag:

Die Kinder der Arbeitslosen erhalten Schulbesorgung, und zwar Freipflicht und Mittagessen. (Die Quäntifizierung ist damit zu verhindern.)

Der Antrag wurde mit 50 gegen 42 Stimmen von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Das gleiche Schicksal erlebte der Antrag:

Die Kinder der Arbeitslosen bis zum 6. Lebensjahre erhalten kostenlos Milch geliefert.

Es stimmten 41 dafür, 48 dagegen. Dagegen wurde der Antrag Gebauer (N. S. P.):

den bis zu 6 Jahre alten Kindern der Arbeitslosen die Milch kostenlos zunächst für die Monate Mai bis Oktober 1921 zu liefern.

einstimmig angenommen. Ein Antrag Schmidt (R.), die Verordnungen vom 30. April und 23. September 1920, die eine starke Begrenzung der Erwerbslosenunterstützung verurteilten, auszu-

heben, wurde von der bürgerlichen Mehrheit mit 57 gegen 30 Stimmen der Linken abgelehnt.

Bei der Beratung über die Gewährung von Geldmitteln an finanzschwache Gemeinden für die Erwerbslosenfürsorge

wünschte Abg. Gebauer (N. S. P.), daß nicht nur die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, sondern auch für andere Notfälle zur Verfügung gestellt werden.

Senator Schöber: Finanzschwache sind alle Gemeinden. Wenn den Fällen, wo die Gemeinden ihre gesetzlichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, soll Staatshilfe eingreifen.

Abg. Ueberjohn (N. S. P.) schilderte die Lage der Gemeinde Kallhof, die durch die Errichtung des Freistaats geschaffen wurde. Ein Teil der dortigen Arbeiter war früher in Marienburg beschäftigt und ist heute arbeitslos. Durch die Errichtung der Reichswehr wird die Arbeitslosigkeit noch vergrößert. Die Gemeinde war nicht in der Lage, den 120 Arbeitlosen die Unterstüzung zu zahlen. Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses angenommen.

Sabotage der Untersuchungsausschüsse.

Der Untersuchungsausschuss II, der am Anfang der Jahresmillionen-Anleihe des 2. und 3. Jahres zusammengetreten war, wurde aufgelöst, weil seine Aufgabe eine Zustimmung des Volkstages auf genommen worden ist. Ferner wurde beantragt, den Untersuchungsausschuss III, der die Auswertung des kommunistischen Wegmanns untersuchen sollte, aufzulösen. Dazu lag folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor:

Dem nach Artikel 19 der Verfassung einzuschreibenden Untersuchungsausschuss darf das Recht zur Zeugenvernehmung in keinem Falle unterbunden werden. Einer Vernehmung zur Verfolgung vor dem Untersuchungsausschuss bedarf es nicht. Jeder Zeuge ist verpflichtet, als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss zu erscheinen. Er darf in seiner Tätigkeit in der Zeugenrolle behindert werden. Anders lautende Bestimmungen der Strafprozessordnung sind auf das Verfahren der Untersuchungsausschüsse keine Anwendung.

Abg. Dr. Fumle (Dnail) bekannte sich als Gegner der Untersuchungsausschüsse und erklärte den sozialdemokratischen Antrag als eine Verfassungsänderung. Die Untersuchungsausschüsse hätten lediglich die Rechte, die in der Strafprozessordnung festgelegt sind. Diese Rechte vor, daß Zeugen nur nach Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde Aussagen machen können. Das entspricht dem Verstand der Verfassung. Dieser Standpunkt wurde von dem Redner mit allen juristischen Ausführungen vertreten. Die Auswertung Wegmanns sei zu recht erfolgt. Die Vorgänge in Württemberg hätten wohl jedem die Augen geöffnet.

Abg. Genosse Feher begründete den sozialdemokratischen Antrag. Der Senat vertritt sich in der Antwort an den Völkerverbund mit den Untersuchungsausschüssen, da durch sie die Verantwortung des Senats gegenüber dem Volkstage festgelegt sei. In der Praxis mache der Senat die Untersuchungsausschüsse wertlos, weil er die Aufgabe der Beamten vor den Ausschüssen verhindere. Nach der Verfassung sei die sinnvolle Anwendung der Strafprozessordnung zu verlangen. Senats Beamte man sämtliche Bestimmungen der Verfassung über den Senat brechen und nur den Satz stehen lassen: „Die Senatoren beziehen das festgelegte Gehalt.“ Eine Abschaffung des sozialdemokratischen Antrages bedeute eine Verfassungsänderung.

Abg. Rehn (R.) trat ebenfalls für die Annahme des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion ein. Die Ausführungen des Abg. Fumle bezeichnete er als juristische Epigonalarbeiten, die nur bezweckten, die Tätigkeit der Ausschüsse zu sabotieren. Die Auswertung Wegmanns sei zu recht erfolgt. Wegmann sei ein harmloser Mensch gewesen. Redner erklärte, daß die kommunistische Partei keinerlei Verbindung mit den Dramatikern habe. Im Freistaat befinden sich viele gefährliche monarchistische Elemente, die aus Deutschland wegen Teilnahme am Kaputtputz flüchten mußten. Die Verfassung der öffentlichen Gebäude anlässlich des Todestages der ehemaligen Kaiserin bezeichnete er als eine Verfassungsänderung der republikanisch ererbten Einwahnerschaft des Freistaates. Er beantragte am Schluß seiner Ausführungen, die Aufhebung der Untersuchungsausschüsse zu verweigern und die ganze Angelegenheit nochmals an den Untersuchungsausschuss zurückzuverweisen. Im Falle der Ablehnung seines Antrages werde erneut ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in dieser Angelegenheit gestellt werden.

Der Antrag der sozialdemokratischen Partei wurde abgelehnt, ebenfalls der Antrag Rehn. Es wurde beschlossen, den Untersuchungsausschuss III aufzulösen. Gegen 7 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)
Der junge Priester ging an ihr vorbei nach der Sakristei. Er legte sich selbst die Albe, das weiße Chorhemd, an, hing sich die Stola um und legte sich das Käppchen auf, denn begab er sich in den Reichthum: das Tausentjahr in seiner Diözese hielt er vor das Gesicht, mit der Rechten machte er das Zeichen des Kreuzes über die Firne und neigte das Ohr seitwärts nach dem Gitter, hinter dem es nun zu wispeln und zu flüstern begann.

Das Tuch ist ein notwendiges Requisit. Die Augen hält der Priester geschlossen, die verrotten nicht, die unere Hälfte seines Gesichtes aber deckt das Tuch, gut, wenn es nichts zu verfallen hat, als etwa das Lächeln über naive Geständnisse kindlicher Seelen und nicht das harte Erstaunen, das jede Erdrückung, den Irdischen Gefel über ungehörte Laster, Missetaten und Gemeinheiten.

Bei seinen bisherigen Wechselländern hätte Kaplan Sedert allerdings des Tuches nicht bedurft. Man hatte ihm jene alten Frauenzimmer zugewiesen, die ihres chronischen Seelenleidens halber allwöchentlich in die Kirche gelassen kamen und manchmal wadern Priester ärgerten; fernher mußte er aufpassen, wenn man die Schulinder zur Älteren Weichte führte. Die Sündenbekenntnisse, welche er zu hören bekam, waren daher keineswegs aufregender Natur, er war aber auch andererseits ein sehr erfrüher Mann, der kein Geständnis leicht zu nehmen vermochte und jedes in aller Weisheit und Breitschweifigkeit behandelte, darum drängten sich die alten Weiber an ihn heran, während Knaben und Mädchen, in vom Lehrer hingewiesen, sich vor seinem Reichthum antzichten und, wenn es irgend anging, sich lautstark widerstrebten; es galt für eine Art Schultroste, bei Kaplan Sedert beichten zu müssen.

Was sie nun aber hier, wo er zum ersten Male in der kleinen Dorfkirche zur Weichte sah, an die vorgezeichnete Reue- und Weid-erweckung anstößt, war nicht das herabgelassene, aus dem Weid-triebgegel Anstammende Geständnis eines Kindes, nicht das selbstmüderliche, von Zeugnissen begleitete Geständnis einer hysterischen Frau, es war das Bekennen eines weisen Weibes, das sich bemüht war, geschicklich zu haben, eine Selbstanklage, die in allen Punkten zu recht bestand und, obwohl flatternd, doch im Tone trauernder Aufschlupf vorgebracht wurde.

Heiß und kalt, heiß es den jungen Geistlichen. Ihn empföte die von seiner Begierde der Scham befeuchtete Aufregung moralischer Gebreite und Schwaden, er verlag, daß die Vorkehrung dem Reichthum austrug, sich dem Weidweiber gegenüber von der Scham nicht beirrt zu lassen. Zum ersten Male hatte er Gelegenheit in die Tiefen eines menschlichen Herzens zu blicken, und er fand

da nicht Verlaß noch Treue, ohne daß er ahnte, wie wenig überhaupt davon in der Welt vorkam und ferlam als arker Schöpfung roh unter fremde Fäße getrieben, mit eigenen Händen leichtfertig oder verzeifelnd ausgerannt wurde, da es ja doch keinem zu Ruh noch zu Genuß gedieh.

Er ließ die Hand mit dem Tuche sinken, mit zornigen Augen sah er durch das Drahtgitter des Gitters und begann zu eifern. Damit hatte er es versehen, und doch machte dieses Versehen die Weichte ihm lehrreich und verhalf ihr zu einem der bleibendsten Einblicke in seiner Erinnerung.

Selene starzte ihn erst erschreckt an, dann begannen sich ihre Augen mit Tränen zu verschleiern. In stammelnder Erregung brachte sie Ausführungen und Erläuterungen über ihr Tun und Lassen vor, durch welche daselbst entschieden werden, in mildemem Maße erscheinen sollte, immer aber fand sie sich zuletzt einem schlechten Willen, einer kräftigen Schwachheit gegenüber, deren sie nachgegeben hatte, welche ihr selbst unerklärlich waren und um geradezu wie Eingebungen des Wesen erschienen. Jammern rang sie die Hände, brach in ein trampfhaftes Schluchzen aus und flieg sich die Stirne an dem geschuligten Jernat des Reichthums los.

Da überkam, jäh, wie eine Offenbarung, den jungen Priester die Erkenntnis, warum der, an dessen Statt er nun des Tuches zu wanken vorgab, nicht jene, die verdorren, oder reinen unberührten Herzens auf den Höhen des Lebens wandelten, zu sich berufen hatte, sondern die der Führung und des Trostes Bedürftigen, die Kinder, die Missethäter und Bekannten und die Elenden, und warum die alte Welt bis in ihre Grundfesten erschüttert wurde durch die neue Volkshaft, welche an Stelle des harten Gesetzes die Liebe, an Stelle der Strafe die Gnade zu setzen verließ.

Und nun begann der Kaplan beruhigend und tröstend zuzusprechen, und je leiser das Schluchzen der vor ihm Anknenden wurde, je mehr ihr gestrickte Gestalt sich aufrichtete, je inniger und vertrauender ihr Blick auf ihm haften, je überzeugender und eindringlicher ward seine Rede und nie hatte er so ganz eingebend ihres Gewichtes, die Botschaftsformel feierlicher und andächtiger ausgesprochen.

Als er aus dem Reichthum trat und das junge, schöne Weib zu ihm aufschau mit dem Kleinen, reglosen, frommen Knäble, da meinte auch er sagen zu dürfen: „Wer sich rein fühlt, der werfe den ersten Stein auf sie! Gehe hin und sündige nicht mehr!“ Mächtig hob sich seine Brust. Er redete sich empor. Heiliger Ernst lag über seinen Zügen und aus seinen Augen blickte eine Milde und gelassene Ruhe, als sähe er die Dinge in dem Lichte einer weitentlegenen Sonne, in all ihrem dürftigen Schein und ewigen Wandelbarkeit. Zu der Stunde war dieser höfliche Mensch schon, schon, wenn es je eine durchgeglühete Form über eine leere, vollendete davontrug.

Er trat an die Türe heran, die Worte seines Herrn und Meisters zu gebrauchen, schien ihm doch eine Entwürdigung. Er blickte flüchtig mit der Hand ihren Scheitel und hielt sie mit leiser Stimme aufstehen und gehen.

Selene raffte sich rasch auf und lief nach der Kirchenpforte, der Kaplan schloß hinter ihr ab, begab sich in die Sakristei, wo er häufig seinen Ernst ablegte und dann durch ein kleines Fächchen hinaus ins Freie trat.

Es begann zu dämmern.

Hinter der Kirche lief durch bläuen Busch ein schmales Pfad, wenige Schritte lang, bis zur Ecke der niederen Friedhofmauer, dort lehnte sich der junge Geistliche an das Gestein, und sah über die Ruhestätte der Toten hinweg, in die Ferne. Einzelne Sterne blinkten dort über den Hügel.

Und dort in unermeßlichen Weiten, dahinter dem Allen, wo kein Stern mehr kreist, waltet, was die Myriaden Staubkörnchen aufleuchten, erglänzen, wirbeln macht, alle zu sich empor zwingt und zu dem aller Staub aufstiebt, der tote, wie der belebte; jene alleinige Kraft und Macht, die auf dem Bestimmen die Steine fliegen läßt und auf bewohnten dem Hall atmender Rehlen weht und die unmittelbar an uns rührt, wenn hoher, hehrer, Gewaltiger uns in erschauernder Seele erfährt, von dem wir nicht wissen, woher es und komme, nur, daß es nicht des Staubes ist!

Aus solcher innerer Lohne brach wohl die heilige Flamme der Offenbarung hervor, und für den, der getreulich ihre Wärme und Segnungen bewahrt, kommt die Stunde, da ein Funke ihrer Glut in seinem Herzen anglimmt und er sich einen Teil jener alleinigen Kraft fählt!

Der junge Priester breitete die Arme gegen den Himmel, da rastele etwas zwischen den Gräbern, eine Maus, oder eine Gekochte, er schrak leicht zusammen und sah eine Weile nach dem weichen Rasen hinüber, dann sankte er die Hände und senkte demütig das Haupt.

Ich, nur selten sind jene Augenblicke inermittigender Begeisterung, in denen der Mensch aus seinem Alltag aus sich heraus und über sich hinweg findet! Was jetzt das Mächtige ihn wieder an sich und Raubt ihn unter den gewählten Haupt, der fast zu einem Teil des Selbst geworden ist, und je niedriger ein Gestalt um so aufdringlicher erscheint dessen Dienstleistung; es ist, als ob dasselbe spöttlich lächelte: Einer Herrlichkeit getrauten ein wenig Satz zu spielen, haben aber darüber meinen Gebrauch doch nicht verlernt.

Schon am nächsten Nachmittage traf der Kaplan wieder in der dämmigen Aushube. Vor der Türe derselben hockt laufend der Pfarrer. Von Zeit zu Zeit schloste innen ein Markschender Klapp.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Mittwoch, den 20. April 1921, abends 7 Uhr.
Dauerkarten C 1. Neu einstudiert!

Fuhrmann Henschel

Schauspiel in 6 Akten von Gerhart Hauptmann.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Wier.
Inspektion: Emil Werner.

Personen:

Nebenhaar, Wächter des Hotels	Kurtas Nord
„Zum grauen Schwan“	Ewa Denler
Karlchen, sein Sohn	Fräulein Bredt
Henschel, Fuhrmann	Fräulein Reunath
Mädchen, seine Frau	Dora Ottenburg
Hanne Schäl, Magd bei Henschel	M. Margot

Wermelich, Pächter des Hotels	Erich Sterned
„Zum grauen Schwan“	Th. Prof. G. Henschel
Frau Wermelich	Marga Pichtentien
Fräulein, deren Tochter	Erk Blumhoff
George, Arbeiter	Herbinand Neuert
Walter Henschels Schwager,	Georg Karber
Pferdebändler	Rudolf Schwanke
Ernst, Tierarzt	Alfred Brandes
Fabig, Handwerksmann	Miklam Wertheim
Hilfsbrand, Schmiel	Gud. Pringshoff
Hausknecht, Anwalt bei Henschel	
Frans, Aushilfer bei Nebenhaar	

Ende nach 10 Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr Dauerkarten D 1.
Der Liebesbasillus
Freitag, abends 7 Uhr Dauerkarten E 1.
Frau Plaval

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Hansmann.
Königl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.
Heute Mittwoch, den 20. April

Anfang 7 Uhr Anfang

„Wenn Liebe erwacht“

Operette in 3 Akten.

Morgen Donnerstag, den 21. April
„Der Vogelhändler“
Vorverkauf endet Freitag v. 10-11 Uhr nur
im Deuma-Haus, Langgasse 69 statt!
Sonntags 9-12 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Öffentliche

Mieter-Versammlung

am Donnerstag, den 21. April, abends 7 Uhr,
im Saliensaal des Schlachthofes
Bei der großen Gefahr, in der sich die Mieter
befinden, sollte kein Mieter fehlen.
Vorhand. des Danziger Mietervereins

Künstlerspiele

Direkt: Alex Braune Königl. Leitung: P. Pfeiffer

Das hervorragende April-Programm

Bert Gerdina / Valentina Makarowa
Franz und Grgl

Helene Charlotte / Frank-Selbert-Duo
& Georges / Max Hansen / Fred Janz

Voransage:

Freitag, den 20. April 1921

Ehrenabend FRED JANZ

unter anderem **Boxkämpfe**

Jlonna Kovacs (Ungarin) — Fred Janz

bis zur Entscheidung

Wertvolle Ehrenpreise

Apollo Lichtbild-Theater

III. Damm 3. 1074

Spielplan vom 20. bis 22. April 21

Die Höllemaschine!

Sensation - Detektiv - Drama in 5 aktenreichen Akten
Harry Hill - Vally Arnheim.

Das Verhängnis der Familie Aronffy
Neuinszeniert in 6 Akten.

Karlchen macht Seitensprünge
Lustspiel in 2 Akten mit Victor Plagge.

Vorwärts-Bücherei

Mutter	3.-
Versprochenes Volk	4.50
Der Ausweg	3.-
Der Morgen graut	3.-
Ergebnißreiches Volk	3.-
Das Land der Zukunft	4.50
Die Marketerdin	3.-
Der Pariser Gärten	4.50
Prinzipienreiter	4.50
In den Tod getrieben	4.50
Hetererei	6.-
Kriegsfahrten	3.-
Nordel	3.-
Vom Waisenhaus zur Fabrik	3.-
Herzen im Kriege	3.-
Der Gotteslästerer	6.-
Verbrechergeschichten	5.-
Erweckt	9.-

Zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Hotel Danziger Hof Wintergarten

Jeden Donnerstag

5-Uhr-Tee

moderne Tanzvorführungen
abends: Reunion

Jeden Sonnabend u. Sonntag

Reunion

zwanglose
Tänze

Sonntags, ab 1 Uhr mittags: Tafelmusik

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche
Vergleichungs-Versicherungsgesellschaft
- Sterbekasse. -
kein Polizeiverfall.
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Rückkunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenhude 35.

Klavier Reparaturen Flügel

sowie Stimmungen sämtlicher
Tastinstrumente werden prompt und sachgemäß zu soliden Preisen ausgeführt

Piano-Fabrik Hansa Fabrik u. Kontor
Telephon 1875 Langgarten 101

Moderne fertige Anzüge

und gut liegende Maßanfertigung kaufen
Sie wirklich billig und reell

Altst. Graben 96/97

Eingang Kleine Mühlengasse
J. Czerninski.

Institut für Zahnleidende

Telefon 2621. Pieffersladt 71. Nähe
Patenthof.

Spezialärztl. Abteil.	Spezialtechn. Abteil.
Mund- u. Zahnoperationen in örtlicher oder allgemeiner Betäubung.	Zahnersch mit und ohne Gummeeplatte aller Größe
Zahnplomben jeder Art.	Reparaturen, Umarbeitungen schneidewerkens.
Zahnregulierungen.	Mäß. Kostenberechnung

Sprechzeit 8-7, Sonntag 9-12.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.



Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Achtung!
Billigste Bezugsquelle für
Fahrräder,
Reifen und Schlauche,
beste Friedensqualität.
Großes Lager in Er-
lach- und Zuehrstellen.
Reparaturen
sachgemäß, schnell u. billig
Danzig, Fahrradzentrale
Ernst Röhl & Co.,
Breitgasse 56. 10440

Frohes Wandern



Ein Buch, das Freude
geben will
Von G. Conrad-Bielefeld
Preis 3,50 Mark

Buchhandlung
„Volkswacht“
Am Spendhaus 6 u.
Paradiesgasse 32.

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyd dampfers „Grükgott“

20761 Ab Danzig jeden Mittwoch u. Sonnabend vorm. 10.30 Uhr. Ab Zoppot (nur bei günstigem Wetter) vorm. 11.30 Uhr. Ab Swinemünde Extrazüge nach Berlin.

Fahrkarten- und Bettkartenverkauf: Norddeutscher Lloyd, Niederlassung Danzig, Hohes Tor, Tel. 1777.

Ferner Baltropa, Internationales Reise- und Verkehrsbüro G. m. b. H., Danzig, Grünes Tor. — Telegr.-Adr.: Baltropa. — Telefon 1736.

Ausführung sämtlicher Druck-Aufträge

für den Geschäfts- und Familienbedarf

Massenaufgaben

in kürzester Frist



Organ der werktätigen Bevölkerung
Panziger Volksstimme
Verlagsschule Am Spendhaus 6, Tel. 5200

Reichste Auswahl in Gewerkschafts- und Parteiliteratur

Jugendschriften
Unterhaltungsliteratur

Nicht Vorhandenes wird umgehend besorgt durch unsere

Buchhandlungen

Am Spendhaus Nr. 6 — Paradiesgasse Nr. 32